

Kaliningrad – geplante Jubiläumsfeiern am 3. Juli führen zu heftigen Reaktionen in Litauen

Newsletter - Baltische Staaten
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Andreas von Below

Sankt Augustin, Juni 2005

Ansprechpartner:
Dr. Andreas von Below
Leiter der Außenstelle Baltische Länder der Konrad-Adenauer-Stiftung
Alberta iela 13,
Riga, LV 1010
Lettland / Latvia
Telefon: +371 7 039 328
E-Mail: vorname.name@kas.de

Die Präsidenten oder Ministerpräsidenten Polens und Litauens haben keine Einladung zu den 750 Jahrfeiern Kaliningrads am 3. Juli erhalten. Ihnen wurde signalisiert, daß sie nicht willkommen seien. Eine Begründung dafür gab es aus Moskau nicht.

Diese „Ausladung“ hat in Litauen heftige Reaktionen ausgelöst, die sich nicht nur auf die Politik Rußlands sondern auch auf das so empfundene unsolidarische Verhalten der deutschen Bundesregierung beziehen.

Der litauische Außenminister Valionis kritisierte, daß nicht nur Rußland sondern auch Deutschland nicht ausreichend Rücksicht auf die historischen und politischen Empfindlichkeiten der baltischen Region nehme. Wenn die deutsche Bundeskanzler Schröder und der russische Präsident Putin an den Festlichkeiten in Kaliningrad teilnähmen und beide die Ehrendoktorwürde der Universität Kaliningrad erhielten, die höchsten Repräsentanten der unmittelbaren Nachbarn, die ja historisch auch enge Beziehungen zu diesem Gebiet haben, von der Feierlichkeiten aber ausgeschlossen seien, so werfe dies ein bezeichnendes Licht auf die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin.

Valionis erinnerte in dem Zusammenhang daran, daß Deutschland noch keine klare Stellungnahme zu dem Vorschlag abgegeben habe, die geplante Gaspipeline von Sibirien nach Deutschland durch die Baltischen Länder und Polen zu verlegen. Einen entsprechenden Vorschlag haben die Ministerpräsidenten der Baltischen Staaten an den Präsidenten der EU-Kommission Jose Manuel Barrsos geschickt. Sie wollen damit die Entscheidung der russischen und deutschen Gasgesellschaften revidieren, die eine Trasse für diese Pipeline durch die Ostsee vorsieht. Diese Trasse sei wesentlich teurer als die Landverlegung über das Baltikum und Polen.

Auch aus Warschau kommen kritische Stimmen zu den Feiern am 3. Juli. So wird der polnische Botschafter in Berlin zitiert, der anmerkt, daß die Teilnahme der Nachbarländer Polen und Litauen auf der gleichen politischen Ebene wie Deutschland ein Ausdruck von normalen Beziehungen wäre.

Nach Meinung des litauischen Parlamentspräsidenten Paulauskas ist die fehlende Einladung für die Staatsoberhäupter Litauens und Polens kein Zufall. Es sei vielmehr ein Teil der Außenpolitik Rußlands. Es sei schade, daß die Nachbarn, die neben Kaliningrad leben und mit dieser Stadt wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen hätten, zu den Feierlichkeiten nicht hochrangig eingeladen seien.

Der höchste Repräsentant Litauens, der zu den Feierlichkeiten eingeladen wurde, ist der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des litauischen Parlaments Karosas. Der Parlamentarier versteht ebenfalls nicht, warum die höchsten Spitzen Litauens zu den Feierlichkeiten nicht eingeladen wurden. Rasa Jukneviene, Mitglied des außenpolitischen Ausschusses erkennt auch eine außenpolitische Absicht in der Nichteinladung. Sie rät der

litauischen Regierung, sich nicht provozieren zu lassen und die Situation in Ruhe zu analysieren.

Die baltischen Länder reagieren sehr sensible, wenn über ihre Köpfe hinweg enge politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Berlin und Moskau geknüpft werden. Ihre leidvollen historischen Erfahrungen in dieser Hinsicht sind noch nicht vergessen. Deutsche Außen- und Europapolitik sollte darauf Rücksicht nehmen und den kleinen Ländern des Baltikums ein verlässlicher Partner sein. Dies bedeutet auch, für die neuen östlichen EU-Mitglieder Solidarität zu zeigen. Diese wird in letzter Zeit aus Berlin vermißt.